



„Bern - wir haben ein Problem“

Rolf Weder, Professor für Ökonomie am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum und Europainstitut der Universität Basel

Dieser Funkspruch richtet sich an die „Zentrale“ in Bern – Bundesverwaltung, Bundesversammlung und Bundesrat. Er stammt nicht aus dem Weltall, auch nicht aus Basel. Er kommt ganz einfach aus der Schweiz.

Worum geht es? Wir fordern Bundesbern nicht auf, wegen seines Bekenntnis zum Bilateralen Weg sofort Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen – wo bliebe da die Glaubwürdigkeit der Schweiz? Wir melden uns auch nicht wegen der „Subprimekrise“ und deren Herausforderungen für die (Schweizer) Banken – da wären andere gefordert. Und wir beklagen uns auch nicht über die Intoleranz vieler gegenüber Hunden, Wölfen, Bären und anderen nicht-virtuellen Lebewesen. Da wäre Bern der falsche Adressat. Nein, es geht um ein Problem, das sich nun schon seit Jahrzehnten dahin zieht, einen nicht unerheblichen Teil der knappen Ressourcen in diesem Land verschlingt und seit einiger Zeit nun auch die aussenpolitischen Verhandlungen der Schweiz blockiert oder in eine zweifelhafte Richtung zwingt. – Es geht um den Protektionismus in der schweizerischen Landwirtschaft.

In der jüngsten Ausgabe des Journal of Economic Perspectives (JEP), einer renommierten wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift, die sich an ein breites Publikum von wirtschaftlich und politisch interessierten Lesern und Leserinnen aus der ganzen Welt richtet, widmet sich ein Artikel dem Thema der Liberalisierung des Agrarhandels.¹ Er fasst den Wissensstand zu diesem Thema

zusammen und zeigt, welche Länder von einer Liberalisierung mehr oder weniger profitieren dürften. „Switzerland“ wird in diesem Beitrag sogar zweimal erwähnt – mit ein Grund dafür, dass wir diese Meldung an Bern übermitteln. Zuerst wird im Artikel die sogenannte PSE-Grösse (Producer Support Estimates) als Mass für sämtliche Transfers, welche Konsumenten und Steuerzahler an die Produzenten von Agrargütern in einem Land leisten, vorgestellt – eine Grösse, die dem eingeweihten Kenner des Agrarprotektionismus natürlich nicht unbekannt sein wird. Dann werden die verschiedenen Instrumente des Agrarprotektionismus erwähnt, die zu dem im PSE-Wert zusammengefassten Protektionismus führen. Die Schweiz wird vom Autor prominent genannt, da sie Spitzenplätze auf zwei unterschiedlichen Listen einnimmt.

Erstens gehört sie zu denjenigen Ländern bzw. Ökonomien, die laut Berechnungen der OECD den grössten PSE-Wert erreicht. Die Liste beginnt mit der Schweiz, die einen Wert von 67% (2005) aufweist, gefolgt von Island (auch 67%), Norwegen (66%), Korea (63%) und Japan (55%). Mit anderen Worten, 67% des Produktionswertes in der schweizerischen Landwirtschaft basieren auf Unterstützungszahlungen von Konsumenten und Steuerzahlern. Zum Vergleich: in nicht geschützten Branchen ist dieser Prozentsatz „Null“. Die EU weist einen PSE-Wert von 33% auf, die USA einen solchen von 16%. Der OECD-Durchschnitt beträgt 29%. Folgerung I: Die Schweiz schützt die

Landwirtschaft am meisten, dreimal so stark wie der Durchschnitt, doppelt so stark wie die EU als Ganzes.

Zweitens gehört die Schweiz zu den fünf Ökonomien, welche – gemäss Analyse des Autors im JEP – die grössten Summen in gewisse Arten von Subventionen investieren, die als extrem verzerrend („most distortionary“) betrachtet werden (S. 203). Im Jahre 1999 umfassten diese der WTO bekannt gegebenen Subventionen \$ 80.8 Milliarden, wobei 77 Milliarden von fünf Ländern geleistet wurden (S. 204): der EU (49.9 Mrd.), den USA (16.9 Mrd.), Japan (6.7 Mrd.), der Schweiz (2.1 Mrd.) und Norwegen (1.4 Mrd.). Die restlichen 3.8 Mrd. entfielen auf alle anderen Länder zusammen. Folgerung II: Die kleine Schweiz spielt also in der Liga der grossen Ökonomien mit, indem sie gemäss Einschätzung des Autors im Bereich der am meisten verzerrenden Instrumente des Agrarprotektionismus überproportional stark engagiert ist.

Natürlich könnte man nun argumentieren, dass sich in den letzten Jahren schon einiges verändert hat, die Landwirtschaftspolitik laufend angepasst wird und der wahrgenommene Schutz aufgrund des nicht ganz mithaltenden Einkommens im Agrarbereich mit dem Rest der Schweiz ja laufend etwas abnehme. Nur, dies wird schon seit Jahrzehnten gesagt und gleichzeitig stehen auch die anderen Länder nicht still. Mit anderen Worten, die Schweiz dürfte auf den obigen beiden „Hitlisten“ präsent bleiben, wenn sich hier nicht grund-

legend etwas verändert. Zwar könnte die letzte Woche vom Bundesrat erfolgte Verabschiedung des Mandats, Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich mit der EU aufzunehmen, optimistisch stimmen. Dieser Optimismus wird schnell relativiert, wenn man die Stellungnahmen der Parteien von links bis rechts und das Ansinnen im Lichte der vergangenen Initiativen bewertet.

Das Problem besteht nun darin, dass der Protektionismus nicht nur viel für die Konsumenten und Steuerzahler kostet – von den Effekten auf die ausländischen Produzenten in (ärmeren) Ländern sprechen wir schon gar nicht. Die Politik beeinträchtigt immer mehr auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Branchen, welche die Landwirtschaftsprodukte als Input verwenden (Tourismus, Hotellerie). Noch schlimmer ist meines Erachtens die Tatsache, dass die schweizerische

Landwirtschaftspolitik immer mehr zu einer Belastung für den Forschungs- und Dienstleistungsstandort Schweiz wird. Dies geschieht deshalb, weil die Landwirtschaftspolitik die Schweiz in internationalen Verhandlungen laufend blockiert und sie daran hindert, sich für einen besseren Marktzugang für die schweizerische Exportindustrie einzusetzen.

Beispiel I: Freihandelsabkommen Schweiz USA. Dieses 2005 diskutierte und im Januar 2006 begrabene Abkommen hätte nicht nur den Agrarhandel zwischen diesen beiden Ländern liberalisiert, sondern im Dienstleistungs- und Forschungsbereich eine dynamische Entwicklung ausgelöst. Beispiel II: Doha-Runde in der WTO. Hier gehört die Schweiz zu den Blockierern; die schweizerische Verhandlungsdelegation hat wenige Möglichkeiten, die Interessen der schweizerischen Exportindustrien wahrzunehmen. Beim geplanten Freihandelsabkommen im Agrar- und Le-

bensmittelbereich mit der EU kann sich die Verhandlungsdelegation zwar auf die insgesamt positiven Effekte auf die Schweiz berufen. Dies gilt und galt aber auch für die Beispiele I und II. Nur wird die Delegation kaum mit einem besseren Marktzugang für Exportgüter und –dienstleistungen ausserhalb des Landwirtschaftsbereichs locken können. Man ist gespannt auf die künftige Geschichte zur Landwirtschaftspolitik der Schweiz. Das hier geschilderte Problem dürfte bleiben solange wir es weiter vor uns herschieben. Bern, und wahrscheinlich auch wir Wirtschaftswissenschaftler sind gefordert, das Problem auf der Grundlage einer engen Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu lösen.

1 Stephen Tokarick (2008), "Dispelling Some Misconceptions about Agricultural Trade Liberalization", *Journal of Economic Perspectives*, 22, 1, 199-216.

Moot Court in Dallas

Das Basler Europainstitut Moot Court Team in Dallas

Philipp Jordi, Student am Europainstitut der Universität Basel



Der Moot Court ist ein Wettbewerb für Studierende, bei dem diese die Möglichkeit haben, ihr bis anhin angeeignetes juristisches Wissen in die Praxis

umzusetzen. Von einem Studententeam wird eine Rechtsmittelbeschwerde sowie eine Beschwerdeantwort zu einem vorgegebenen, komplexen und

praxisnahen Fall verfasst und in einer zweiten Runde werden die Plädoyers vor einem fiktiven Gericht vorgetragen. Solche Moot Courts werden zu

Moot Court in Dallas

den verschiedensten Rechtsbereichen organisiert, so auch bezüglich des Europarechts. Regelmässig nehmen Studierende des Europainstituts daran teil, ist doch der Moot Court ein Wahlfach am Europainstitut. Im vergangenen Semester belegten 7 Studentinnen und Studenten dieses Wahlfach und erarbeiteten während mehrerer Sitzungen den schriftlichen Teil dieses Wettbewerbs. Da erfahrungsgemäss nur die Hälfte der eingereichten Beschwerdeschriften für die zweite Runde eingeladen werden, war die Nomination des Basler Teams zur nächsten, mündlichen Runde eher eine Überraschung, und dies umso mehr, als dass Dallas als Austragungsort zugelost wurde (daneben gab es Halbfinals in Maribor, Valencia und Bangor (Wales)).

Und so ging's am 14. Februar los nach Dallas: das Basler Multikulturstudi-Team, bestehend aus 2 Juristinnen (Ele-Marit Eomois und Anna Korovatskaya), einer Politologin (Ausra Liepinite) und einem Ökonomen (Philipp Jordi) aus Estland, Russland, Lettland und der Schweiz, begleitet von den beiden Coaches Linda Algotsson und Lukas Lusser vom Europainstitut. Doch dass

das Team vollständig in Dallas ankommen würde, war bis kurz vor Abflug der Lufthansa-Maschine in Frankfurt alles andere als sicher, denn Anna konnte wegen Verspätung des Anschlussflugs buchstäblich eine Minute vor dem Türschliessen zu ihrem Team im Airbus A340 dazu stossen. Bei der Einreise in Dallas Fort Worth hinterliess dann das ganze Team ihre Fingerabdrücke und Snapshots, dafür aber drückten uns die US Immigration Officers ganz fest die Daumen für einen Sieg am Moot Court Wettbewerb. Doch bevor's losging, musste noch für Anna die richtige Kleidung für die erste Gerichtsverhandlung gefunden werden, lag doch ihr Koffer immer noch in Frankfurt. Doch zum Glück wird ein solcher Moot Court von vielen lokalen Volunteers organisiert, und so fuhr uns SeeAi Amy, eine Studentin aus Malaysia, noch zu später Stunde zur North Park Center Mall, wo die passende Kleidung gefunden wurde (amerikanischen Öffnungszeiten sei Dank!).

Am 15. Februar war dann der grosse Tag für unser Team. An der Dedman School of Law der Southern Methodist University of Texas begann um 9 Uhr

die erste Runde mit Anna als Verteidigerin gegen das Team von Nijmegen (NL). In ihrem Plädoyer umschrieb die Kollegin aus den Niederlanden, gegen was alles unser fiktiver Klient, der Staat Aquatar, verstossen haben soll. Souverän verteidigte Anna das Verhalten von Aquatar und ertappte die Anklage sogar, bei unserem Plädoyer nicht richtig zugehört zu haben. Eine Stunde später waren dann die Rollen vertauscht, Ausra erhob die Anklage gegen die Verteidigerinnen aus Brüssel, doch diese bereiteten dem Team einiges Kopfzerbrechen, musste doch deren französisches Plädoyer von Philipp auf Deutsch zusammengefasst werden, um darauf reagieren zu können. Und last but not least vertrat am späteren Freitagnachmittag Ele-Marit den Standpunkt der Europäischen Kommission vor dem Gericht. Mit unserer Leistung erreichten wir einen Rang zwischen 5 und 12, doch umso erfolgreicher waren wir an der Abschiedsfeier beim European Song Contest, an dem wir zusammen mit dem Luzerner Moot Court Team Mani Matters Lieder sangen und einen tobenden Applaus ernteten.

Das Team des Europainstituts gratuliert den Studierenden Anna Korovatskaya, Ele-Marit Eomois, Ausra Liepinite und Philipp Jordi zu diesem Erfolg und dankt den Verantwortlichen Linda Algotsson und Lukas Lusser für ihr Engagement!

Vortrag von Dr. Günter Baer, ehemaliger Generalsekretär der BIZ



„Der Euro: eine Erfolgsgeschichte?“

Ulf Lewrick, Assistent Ökonomie, Europainstitut der Universität Basel

Ist der Euro eine Erfolgsgeschichte? Diese Frage stellte sich Dr. Günter Baer, ehemaliger Generalsekretär der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der Vereinigung Basler Ökonomen und des Europainstituts am 21. Februar 2008. Die Antwort lautete – wie Ökonomen es fast nicht anders kennen – ganz klar: Ja und Nein!
Bereits vor seiner Einführung sei der

Euro stark umstritten gewesen und die Grundsatzdiskussion über das „Für“ und „Wider“ halte auch weiterhin an. Auch die vermeintlichen Experten sind geteilter Meinung. So sehen einige bereits zukünftige Konflikte mit den USA in Zeiten wirtschaftlicher Abschwünge und eine Spaltung der EU als logische Konsequenz der Euroeinführung voraus. Die Aufgabe einer unabhängigen nationalen Geldpolitik bringe hierbei Nachteile für Wachstum und Beschäf-

tigung. Andere wiederum betonen die Vorzüge eines einheitlichen Währungsraumes: Preistransparenz und überwundene Wechselkursschwankungen könnten der Motor eines vertiefenden Integrationsprozesses werden. Dieser Prozess könne dabei weit über die Grenzen der Kapitalmärkte hinaus wirken und durch steigende Effizienz den Wohlstand der teilnehmenden Staaten sichern. Doch Theorie hin oder her, am Ende müssen stets

die nackten Zahlen belegen, welches Zeugnis dem noch jungen Euro auszustellen ist. Diesbezüglich – so der Referent – könnten beide Parteien mit empirischem Beweismaterial aufwarten. Die Beweisführung der Euro-Befürworter stützt sich auf eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung des Euroraumes. Trotz medienwirksam inszenierter Kampagnen habe sich der Euro nicht als „Teuro“, sondern als ausgesprochen inflationsresistent erwiesen. In den ersten Jahren seines Bestehens habe die Europäische Zentralbank ihr Inflationsziel regelmässig erreicht und vielfachen globalen Schocks standhalten können. Die Zinsen seien tief und auch die Haushaltsdefizite der teilnehmenden Staaten hätten reduziert werden können. Die Skeptiker verweisen jedoch auf die wirtschaftlichen Resultate anderer Länder. So hätten sowohl die USA als auch das Vereinigte Königreich mit deutlich höheren Wachstumsraten und hoher Beschäftigung bei geringer Inflation aufwarten können. Dr. Baer unterstrich hierbei jedoch die Problematik beim Vergleich der Wirtschaftsräume, die von völlig unterschiedlichen Ausgangspunkten aus gestartet seien. Aufschlussreicher sei hingegen ein Blick auf die Entwicklung innerhalb der Eurozone. Günter Baer stellte die dauerhaften Divergenzen in den Inflationsraten zwischen den Mitgliedstaaten als

Hauptproblem heraus. Diese seien insbesondere auf die geringe Preisdynamik in der Eurozone zurück zu führen und könnten nicht allein dem Aufholungsprozess einiger Volkswirtschaften des Euroraums zugeschrieben werden. Somit sei offensichtlich, dass sich die Euro-Mitglieder noch nicht vollends auf die Gemeinschaftswährung eingestellt hätten. Vor diesem Hintergrund habe der Euro seine Bewährungsprobe noch nicht endgültig bestanden. Ein langfristiger Erfolg des Euro könnte gemäss Dr. Baer nun auf zwei Wegen gelingen. Der leichtere, sich selbst tragende Weg beruht in der Annahme einer sukzessiven Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Euro-Ökonomien. Von der im Zusammenhang mit der Gemeinschaftswährung zunehmende Transparenz und dem Zusammenwachsen der Finanzmärkte gehe eine disziplinierende Wirkung auf den öffentlichen Sektor aus. Die fortschreitende Integration könne dann mit dem Euro ein erhebliches Wachstumspotenzial entfalten. Der Referent zeigte jedoch angesichts der gegenwärtigen Entwicklung im Euroraum erheblichen Zweifel an der Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios. Die Mitgliedsstaaten hätten zu wenig Interesse an einer stabilisierenden und massvollen Fiskalpolitik und auch der Einfluss des Euro sei hierfür wohl zu schwach. Somit bliebe

also der zweite, beschwerliche Weg. Dieser sieht weit reichende institutionelle Reformen ggf. bis hin zu einer politischen Union in der EU vor. In diesem Zusammenhang könnten die Mitgliedsstaaten in einer gemeinsamen Anstrengung höhere Wachstumsmöglichkeiten ausloten und in Form eines „gouvernement économique“ eine koordinierte Wirtschaftspolitik vorantreiben. Die „Euro-Gruppe“, bestehend aus den Wirtschaftsministern der Staaten der Eurozone, bilde bereits eine Vorform dieser Entwicklung. Inwieweit die Vorstösse der „Euro-Gruppe“, die durchaus als Gegenpol zur Europäischen Zentralbank verstanden werden könne, zu einer Verbesserung der ökonomischen Entwicklung in der Eurozone beitragen werden, bleibt noch abzuwarten.

Zusammenfassend stellte Dr. Baer fest, dass die Eurozone noch bei Weitem kein optimaler Währungsraum sei. Er sei auch nicht allzu optimistisch hinsichtlich baldiger institutioneller Veränderungen. Der langfristige Erfolg des Euro hänge demnach vom beständigen politischen Willen der Mitgliedsstaaten ab. Hierbei sei zu viel Pessimismus jedoch nicht opportun. Auch wenn die Frage des Erfolgs des Euro nicht klar zu beantworten sei, so sei doch ein Scheitern des Euro in weiter Ferne.

Veranstaltungen

Europakolloquium

Prof. Dr. Thomas Bürgi, Leiter International Business Management, FH Nordwestschweiz
10. April 2008, 18.15 Uhr

Interkulturelles Management des Unternehmens

Europainstitut, Basel

Öffentlicher Vortrag

Prof. em. Herbert G. Grubel, Simon Fraser University Canada
15. April 2008, 18.15 - 19.45 Uhr

Frustration and Success of an Economics Professor in Parliament

Kollegiengebäude, HS 001, Uni Basel

Vortragsreihe

EUROPA und AFRIKA

mit verschiedenen Referenten, weitere Infos unter www.europa.unibas.ch

26.3. bis 21.5.2008,

jeweils mittwochs, 18.15-19.30 Uhr, Kollegiengebäude, Universität Basel

EURO 08 - ein Kick zu mehr Europabegeisterung?

06. Mai 2008, 18.15 Uhr, Kollegiengebäude HS 001, Universität Basel

Eine Paneldiskussion des Europainstituts der Universität Basel in Zusammenarbeit mit der NEBS:

Adrian Knup, Teammanager der Schweizer Fussballnationalmannschaft

Ueli Mäder, Professor für Soziologie, z.Z. Dekan der Phil.Hist.Fakultät

Michael Reiterer, Botschafter der EU in der Schweiz

Lukas Schmutz, Schweizer Radio DRS, Redaktionsleiter Inland

Christa Tobler, Professorin Rechtswissenschaft, Europainstitut und Universität Leiden